Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 128. Freitag, 5. Juni 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 34 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nach der Ueberreichung der alliierten Note.

BPD. Berlin. Mit der Ueberreichung der alliierten Note über die Entwaffnungsfrage tritt jetzt die außenpolitische Lage in ein entscheidendes Stadium ein. Wie wir hören, gedenkt die Reichsregierung nunmehr eine Reihe von diplomatischen Aktionen zu unternehmen, um die Folgen, die sich aus den neuen alliierten Entwaffnungsbedingungen ergeben, abzuwenden und zu verhüten, daß die seit den letzten Monaten betriebene Außenpolitik mit einem Mißerfolg über die Regierung Luther-Stresemann endet. **Ueber den Inhalt der alliierten Note wird bis zur Veröffentlichung des Dokumentes von Seiten der deutschen Regierungsstellen strengstes Stillschweigen gewahrt.** Aus den Andeutungen der unterrichteten Stellen kann man nur so viel entnehmen, daß die Lage ziemlich ernst ist, daß aber mit der Wahrscheinlichkeit baldiger Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gerechnet werden kann. Im ersten Augenblick erscheint die Situation allerdings so, daß die vorhandenen Schwierigkeiten durch sehr ernste Gegensätze zwischen Deutschland und den Alliierten erheblich verschärft werden dürften. Die Forderungen der Alliierten erscheinen derartig schwerwiegend, daß man zweifellos mit außerordentlich scharfen Depressionen bei der deutschen öffentlichen Meinung wird rechnen müssen. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, durch schnelle Entschlüsse dem Standpunkt der beteiligten deutschen Kreise Rechnung zu tragen und die Diskussion mit den alliierten Regierungen sofort aufzunehmen. Das Kabinett Luther wird voraussichtlich auf die nachdrücklichsten Rückwirkungen des Parlaments angewiesen sein, da in dieser Frage die Einmütigkeit der deutschen Parteien die denkbar größte Bedeutung für den Verlauf der deutschen diplomatischen Schritte haben wird.

In den parlamentarischen Kreisen ist man außerordentlich gespannt darauf, welche Maßnahmen das Reichskabinett zu ergreifen gedenkt, um dem deutschen Standpunkt Geltung zu verschaffen. Vor allen Dingen ist man aufs höchste daran interessiert, den Wortlaut der alliierten Note kennen zu lernen, von dessen Formulierung es abhängt, welche Möglichkeiten sich für eine Verständigung ergeben. Solange dieser Wortlaut noch nicht bekannt ist, beobachtet man in den parlamentarischen Kreisen sehr wenig Neigung zu irgendwelchem Optimismus. Besonders die Rechtsparteien beurteilen angesichts der aus Paris und London vorliegenden Andeutungen die Lage keineswegs so zuversichtlich, wie die Kreise des Auswärtigen Amtes, die allerdings darauf eingestellt sind, die hauptsächlichste Lösung in den Verhandlungsmöglichkeiten zu suchen.

Allerdings beurteilt man auch hier die Lage einigermaßen skeptisch, da die noch bestehenden Schwierigkeiten in der Sicherheitsfrage einen überaus starken Druck auf die Lage ausüben. Gewisse Möglichkeiten liegen allerdings in der Haltung Amerikas, das zweifellos an dem Ausgang des Entwaffnungskonfliktes stark interessiert sein wird. Vorläufig steht die amerikanische öffentliche Meinung noch sehr stark unter dem Eindruck der Meldungen der alliierten Presse, so daß die deutsche Diplomatie ihre Aufgabe auch darin sehen wird, für die Aufklärung der Weltmeinung zu sorgen. So viel aber dürfte schon jetzt feststehen, daß die Beschuldigungen über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen ihren Eindruck insofern verfehlt haben, als die alliierten Regierungen davon Abstand genommen haben, die Veröffentlichung der Militärkontrollberichte vorzunehmen. Nach wie vor wird die Reichsregierung an dem Standpunkt festhalten, daß eine solche Veröffentlichung notwendig gewesen wäre, um eine genaue Nachprüfung der Beschuldigungen gegen Deutschland zu ermöglichen.

Heute Kabinettsrat.

)(Berlin. Wie wir erfahren, findet am Freitag, den 5. Juni, mittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat zur Erörterung der am Donnerstag überreichten Note über die Voraussetzungen für eine Räumung der nördlichen Rheinlandzone statt.

Berlin. (Funkspruch.) Der heute unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten zusammengetretene Ministerrat dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Es fand eine allgemeine Aussprache über den Inhalt des Memorandums sowie über die weitere Behandlung der Angelegenheit statt.

Trostlose französische Finanzlage.

* Berlin. Die französische Finanzlage wird immer trostloser. Immer mehr zeigt sie, daß eine Sanierung aus eigener Kraft nicht möglich ist. In französischen Finanzkreisen werden die Meldungen, nach denen **Amerika und England auf eine schnelle Erledigung der Schuldenfrage** drängen, mit anhaltender Unruhe aufgenommen. Man befürchtet, daß das Drängen nach schneller Erledigung der Schuldenfrage einen sehr schlechten Einfluß auf den Stand des französischen Geldes ausüben könnte, um so mehr, als auch andere Momente vorliegen, die Frankreichs Finanzgebahrung recht ungünstig beeinflussen. Von den erheblichen Summen abgesehen, welche die Kriegsführung in Marokko verschlingt, geht aus den letzten Ausführungen Caillaux' deutlich genug hervor, in welch kritischer Lage sich die französischen Finanzen befinden. **Für die Mehrausgabe, die im laufenden Jahre mehr als 4 Milliarden Franken betragen dürfte, ist noch keinerlei Deckung vorhanden,** und selbst Caillaux mußte hervorheben, daß er an die nationale Opferbereitschaft des französischen Volks appellieren müßte, und daß das Volk sehr schwere Opfer werde bringen müssen, um die Finanzlage bessern zu können. Unter solchen Umständen befürchtet man eine neuerliche Abschwächung des Franken, die gerade jetzt verhängnisvoll werden dürfte.

Die Unruhen in China.

Peking. (Funkspruch.) Das chinesische auswärtige Amt hat gestern nachmittag eine weitere **Note an den italienischen Gesandten** als Vertreter der interessierten Mächte gesandt, worin Beschwerde erhoben wird, daß die Polizei von Schanghai wiederum auf das Volk geschossen habe, was neue Opfer gefordert habe und worin erklärt wird, die meisten der Opfer seien von hinten getroffen, während die Polizei keine Verluste erlitten habe, wodurch die Grundlosigkeit ihres Vorgehens erwiesen sei. Die Haltung der Behörden in Schanghai sei die Ursache des Streiks. Die Note fordert die Vertreter der Mächte auf, unverzüglich energische Weisungen an die Konsuln in Schanghai zu senden, den Gebrauch von Feuerwaffen einzustellen, damit weiteres Blutvergießen verhindert wird.

London. (Funkspruch.) Daily Expreß will erfahren haben, daß die **japanische Regierung** eine dringende Note nach Peking gesandt hat, in der klar zum Ausdruck gebracht werde, daß die **Japaner**, wenn die chinesischen Behörden nicht in der Lage seien, die Ordnung in verschiedenen chinesischen Städten aufrechtzuerhalten, bereit seien, **bewaffnete Land- und Seestreitkräfte in genügender Zahl zu entsenden,** um die Aufständischen zur Ruhe zu bringen. Das Blatt erklärt dazu, diese Aktion würde nicht der Erklärung des japanischen Außenministers, nur im Einvernehmen mit den Mächten vorzugehen, entsprechen und würde weit über die britischen Absichten hinausgehen.

Deutschland und die Unruhen in China.

vdz. Die Stellungnahme Deutschlands zu den Unruhen in China bestimmt sich nach der eigenartigen Lage, in der sich Deutschland im Verhältnis zu China und zu den alliierten Mächten dort befindet. Die Unruhen in Schanghai sind aus einem Arbeiterstreik in den japanischen Baumwollspinnereien in Schanghai und Tsingtau entstanden; die Bewegung richtet sich also in erster Linie gegen die Japaner. Die ursprünglich aus Lohnstreitigkeiten hervorgegangene Bewegung ist aber von Agitatoren, meist jungen Studenten, zu politischen Zwecken ausgenutzt worden. Dabei ist es in Schanghai zu Straßendemonstrationen gekommen, die von der internationalen Polizei scharf unterdrückt worden sind. Die Vertreter der fünf Großmächte, England, Frankreich, der Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Italien, haben Kriegsschiffe und Landungskorps nach Schanghai berufen und die Freiwilligenkorps mobilisiert, wobei es zu ernsten Zusammenstößen und Schießereien gekommen ist. **Deutschland ist, wie wir von unterrichteter Seite hören, an diesen Vorgängen weder aktiv noch passiv beteiligt.** Aber der von der chinesischen Handelskammer proklamierte Generalstreik hat natürlich auch für den deutschen Handel nachteilige Folgen. Die chinesische Regierung in Peking hat bei dem diplomatischen Korps gegen das Vorgehen der Polizei in Schanghai protestiert und Schadenersatz, Freilassung der Verhafteten und Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten gefordert. Die Entsendung einer Untersuchungskommission, die aus hohen chinesischen Beamten besteht, nach Schanghai ist angeordnet worden. Die beteiligten Vertreter der Mächte haben bisher auf diese Note der chinesischen Regierung noch nicht geantwortet.

Ministerpräsident Painlevé über Marokko.

Paris. (Funkspruch.) Ministerpräsident Painlevé hat sich gestern vor den vereinigten Senatsausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und für Heeresangelegenheiten, über die Lage in Marokko ausgesprochen. Er erklärte, daß die ersten Truppenverstärkungen schon im Monat Februar abgegangen sind. Im März und im April habe Marschall Lyautey Truppen verlangt. Er, Painlevé, habe dem Folge geleistet. Als der Druck der Rifleute sich verstärkte, sei ein dritte Aufforderung des Marschalls ergangen, die nicht nur Truppenverstärkungen, sondern auch Tanks, Flugzeuge und schwere Gebirgsartillerie verlangt habe. Anfang Mai sei dann die Lage beunruhigend geworden. Die französischen Verluste werden in lügenhafter Weise übertrieben. Bis zum 2. 6. zähle man 318 Tote und 115 Verwundete und 195 Vermißte, darunter sind drei Fünftel Eingeborene. Neue Truppen würden abgehen für die Ablösung gewisser ermüdeter Truppen. Die wichtige Frage sei, einen sanitären Dienst einzurichten, der allen Anforderungen des Klimas entspreche. An den Ministerpräsidenten wurden zahlreiche Fragen gerichtet.

Abfall der Dscheballah von Abd el Krim.

Paris. (Funkspruch.) Wie Havas aus Tanger berichtet, haben sich die Dscheballah, die der Ansicht seien, daß Abd el Krim seinem Verderben entgegengehe, geweigert ihm Kontingente zu liefern.

Die Suche nach Amundsen.

Nach einem Funkspruch von Bord der Farm wird nunmehr die Suche nach der Nordpolexpedition an der Packeisgrenze beginnen, da man damit rechnet, daß Amundsen und seine Begleiter zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren werden. Die Hoffnung, daß Amundsen auf dem Luftwege zurückkehren werde, muß nach einem Telegramm aus Oslo endgültig aufgenommen werden, da die 14tägige Frist, die Amundsen als letzten Termin für seine Rückkehr mit dem Flugzeug bezeichnet hat, verstrichen ist. Entweder wird Amundsen im Herbst dieses Jahres zurückkehren oder erst nach der Ueberwinterung im nächsten Jahre. In Oslo nimmt niemand an, daß die Forscher verunglückt sein könnten. Man glaubt, daß die Flugzeuge beim Landen so beschädigt wurden, daß sie für den Weiterflug unbrauchbar waren.

Vom Deutschen Rundflug.

Ungewitter abgestürzt.

* Berlin. Der Flugzeugführer Ungewitter auf Albatros L 69, Startnummer 679, stürzte gestern bei der Landung bei Haspach in der Nähe von Bamberg ab. Die Maschine wurde hierbei restlos zertrümmert. Ungewitter brach sich das rechte Bein. Sein Befinden ist den Umständen nach gut.

12. Reichsjungmännertag in Hannover.

Vom evangelischen Pressedienst geht uns folgender Bericht zu:

Klare Zielsetzung des Reichsverbandes.

„Vorwärts zu christlicher Mannhaftigkeit!" hieß die Losung, unter der der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands zum 12. Reichsjugendtag nach Hannover eingeladen hatte. An 7000 waren dem Ruf gefolgt. Die klare Durchführung des Leitgedankens macht der Führung des Reichsverbandes, an dessen Spitze Fabrikant Fritz Humburg steht, alle Ehre.

Die Begrüßungsversammlung unter der mächtigen Kuppel der Stadthalle ließ erkennen, welche Schwierigkeiten sich dem Ziele solcher christlichen Mannhaftigkeit entgegenstellen. Die vier **großen öffentlichen Versammlungen** standen unter Frage:

Der Mann, der uns fehlt?

Im innersten Sinne Christus, im weiteren Sinne der an sein Gewissen gebundene Mann, der das Wort Pflicht kennt, und Unrecht Unrecht nennt, so antworteten begeisterte Führer des Werkes wie: Paul le Seur-Berlin, Oberverwaltungsgerichtsrat v. d. Decken-Dresden, Bundeswart Forck-Hamburg u. a. Von ganzen Männern sprachen die Redner bei dem buntbewegten Volksfeste, das sich am Pfingstnachmittage auf den Schützenwiesen entrollte, und bei dem auch Scherz und Spiel zur Geltung kamen.

Zum Mannestum aus der

Fülle einer klaren biblischen Lebensanschauung

mahnte in einer der ergreifenden Abendmahlsfeiern der Reichswart Lic. Stange, und die letzte Vertiefung fand der Begriff in der denkwürdigen Schlußversammlung durch Pfarrer Paul Humburg-Barmen. Die Stadthalle, die manches kraftvolle Lied gehört hatte, in der das jubelnde „Heil" die Vertreter der einzelnen Bünde, vor allem die aus dem besetzten Gebiete, sowie auch die Vertreter des Weltbundes der evangelischen Jungmännerarbeit begrüßt hatte, klang nun wider von dem wohlvertrauten: „Ich hatt' einen Kameraden", mit dem die evangelische Jugend ihrer in Ausübung christlichen Mannesdienstes vor Gottes Thron gerufenen Brüder gedachte.

Ein Ausdruck der Mannhaftigkeit war auch die rege gegen frühere Jahre wesentlich gestiegene Teilnahme an den

turnerischen Wettkämpfen im Stadion

am Sonnabend- und Montag-Nachmittag, die gute Ergebnisse erzielten.

Auch der ernste Wille zu praktischer Arbeit, vor allem

auf sozialem Gebiet,

wie er aus den zahlreichen Arbeitsversammlungen sprach, zeigt, wie die evangelische Jungmännerarbeit aus der Zurückhaltung früherer Zeit zu männlicher Betätigung drängt. Folgende **Entschließung** wurde einstimmig angenommen:

„Angesichts der Alkoholnot, die am Lebensmark des deutschen Volkes zehrt, stellt der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands den Antrag, ein Schankstättengesetz dem Reichstag erneut vorzulegen. Wir sind der Ueberzeugung, daß ein bloßes Jugendschutzgesetz, so wertvoll es auch sein mag, bei weitem nicht ausreicht, um den Verwüstungen unseres Volkslebens durch den Alkoholismus auch nur einigermaßen zu wehren. Das Jugendschutzalter für Alkoholausschank bitten wir von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen."

Es ist kein Wunder, daß eine so sachliche, zielsichere Arbeit auch die Anerkennung der kirchlichen, staatlichen und städtischen Behörden fand, die ihr auf der Festsitzung im alten Rathause zu teil wurde.

Die Interpellationen an den Reichspräsidenten.

Berlin. In den letzten Wochen haben sich verschiedene Körperschaften, unter anderem die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen, mit verschiedenen Appellen an den Reichspräsidenten von Hindenburg gewandt und den Beschluß gefaßt, **Deputationen zu dem Reichsoberhaupt zu entsenden.** Wie wir hierzu erfahren, wird der **Reichspräsident unmöglich auf solche Schritte** politischer oder wirtschaftlicher Organisationen näher **eingehen können,** zumal es sich meistens um Angelegenheiten handelt, die der Entscheidung der Reichsregierung und des Reichstages unterliegen, und in die der Reichspräsident auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Stellung nicht eingreifen kann.

Weitere Wiederaufnahmeverfahren gegen Grans.

)(Hannover. Das Oberlandesgericht Celle hat nun auch das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Hannappel beschlossen, in dem Grans wegen Beihilfe zum Morde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Im Falle Wittig, in dem Grans zum Tode verurteilt worden war, war schon früher eine Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet worden.

SLUB
Wir führen Wissen.